

Kreistag Ahrweiler am 14.12.2018

Gemeinsamer Resolutionsvorschlag der Kreistagsfraktionen von CDU und SPD

Geplante Herauslösung der Verbandsgemeinde Adenau aus dem Bundestagswahlkreis 198 - Ahrweiler -

Der Kreistag des Kreises Ahrweiler spricht sich deutlich gegen die neuerlich aufgekommenen Pläne einer Veränderung des Bundestagswahlkreises Ahrweiler und die vorgeschlagene Herauslösung der Verbandsgemeinde Adenau aus dem Wahlkreis Ahrweiler in den Nachbarwahlkreis Bitburg aus.

Mit einem Wechsel der Verbandsgemeinde Adenau in den benachbarten einwohnerschwachen Wahlkreis Bitburg würden über viele Jahrzehnte gewachsene Strukturen im Wahlkreis 198 ohne Berücksichtigung des Zugehörigkeitsgefühls und der Interessen der Bevölkerung getrennt. Dies widerspricht den politischen Grenzen, die der Landkreis auf der kommunalen Ebene vorgibt. Auch der Landtagswahlkreis Ahrweiler (Adenau, Altenahr, Bad Neuenahr-Ahrweiler, Grafschaft) und damit die landespolitische Ebene würden hier willkürlich zerschnitten.

Bisher funktionieren die politische Willensbildung und der Dialog zwischen Bundespolitik und Wahlkreis über Strukturen, die sich weitgehend an Kreisgrenzen orientieren. So kommunizieren die Einwohner und gesellschaftliche Gruppen mit Ansprechpartnern in Behörden, Verbänden und politischen Gruppierungen, die sich traditionell auf Ebene der Landkreise organisieren. Dies berücksichtigt auch das maßgebliche Bundeswahlgesetz, welches bei der Wahlkreiseinteilung vorschreibt, nach Möglichkeit die Grenzen der Landkreise einzuhalten.

Es ist zu befürchten, dass die Interessen der Einwohner in der Verbandsgemeinde Adenau aufgrund der Randlage im äußersten Nordosten eines dann nochmals vergrößerten „Riesen-Wahlkreises“ Bitburg ins Abseits geraten. Durch einen Zuschlag des Gebietes der Verbandsgemeinde Adenau würde aus dem jetzt schon flächenmäßig größten Wahlkreis in Rheinland-Pfalz mit dann 3.357 km² Gebietsfläche einer der größten Wahlkreise in ganz Deutschland. Hinzu kommt, dass der Bundestagswahlkreis Bitburg schon heute die Gebiete des Eifelkreises Bitburg-Prüm, des Landkreises Vulkaneifel sowie Teile des Landkreises Bernkastel-Wittlich umfasst. Das Hinzuziehen von Teilgebieten eines vierten Landkreises würde hier die konkrete politische Arbeit nur noch zunehmend erschweren. Hier stellt sich die Frage, inwieweit ein Wahlkreis solcher Dimension überhaupt noch von einem Wahlkreisabgeordneten betreut und gut vertreten werden kann und ob anstelle bürgernaher Politik, dann nicht die oft kritisierte zunehmende Distanz zwischen Wählern und Politik befördert wird.

Durch die von der Wahlkreiskommission angedachte Maßnahme würde zwar die Einwohnerzahl des Bundestagswahlkreises Bitburg erhöht, im Bundestagswahlkreis Ahrweiler würden aber neue Probleme geschaffen. Denn bei einer Ausgliederung der Verbandsgemeinde Adenau aus dem Wahlkreis Ahrweiler verliert dieser wiederum selbst Einwohner. Im Sinne der Vorgaben des Bundeswahlgesetzes liegt gemessen an der Bevölkerung auch der Bundestagswahlkreis Ahrweiler bereits jetzt 6,4 % unter der Durchschnittsgröße aller Wahlkreise, so dass es auch unter diesem Gesichtspunkt nicht zielführend sein kann, die Verbandsgemeinde Adenau aus dem Wahlkreis Ahrweiler herauszulösen. Sowohl in Bezug auf die flächenmäßige Größe des Wahlkreises Bitburg, als auch in Bezug auf die unterdurchschnittliche Einwohnerzahl beider Wahlkreise, würde kein Problem gelöst. Es würden nur neue geschaffen und bestehende verlagert. Deshalb fordern wir die Beibehaltung des Status Quo beim Zuschnitt beider Bundeswahlkreise.